

Antrag auf Einbürgerung

Von der Behörde auszufüllen

Eingang am:

Bitte alle Fragen beantworten.
Bei Minderjährigen ab 16 Jahren ist ein eigener Antrag erforderlich.
Sollte bei einer Frage der Platz für Ihre Antwort nicht ausreichen, machen Sie weitere Ausführungen bitte auf einem Beiblatt.

Ich beantrage die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit und mache über meine persönlichen Verhältnisse folgende Angaben:

1. Angaben zu meiner Person		Vermerke der Behörde	
Familienname (ggf. Geburtsname)			Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort		Geburtsland
Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers			
Wohnort (PLZ, Ort)			Straße
Tel. Nr./ E-Mail			
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> verwitwet <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft			seit
Ort der Eheschließung / Begründung der Lebenspartnerschaft			
Bei Scheidung oder gerichtlicher Aufhebung (Tag der Rechtskraft -Anerkennung- des Urteils)			

Ich bin <u>gleichzeitig</u> mit mehreren Ehepartner*innen verheiratet <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja

2. Persönliche Angaben zu meiner/meinem Ehepartner*in, meiner/meinem eingetragenen Lebenspartner*in		
Familienname (ggf. Geburtsname)		Vorname(n)
Geburtsdatum	Geburtsort	Geburtsland
Geschlecht <input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich <input type="checkbox"/> divers		
Wohnort (PLZ, Ort)		Straße
Ausgeübter Beruf		
Staatsangehörigkeit(en)	Ist die Einbürgerung ebenfalls beantragt ? <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja (Falls nicht Deutsche/Deutscher)	

Angaben zu meiner/meinen früheren Ehe(n) / Lebenspartnerschaft(en)Frühere Ehen /
Lebenspartnerschaften

1. Ehe / Lebenspartnerschaft von – bis

aufgelöst durch

 Nein

Staatsangehörigkeit des/der früheren Ehepartner*in / Lebenspartner*in

2. Ehe / Lebenspartnerschaft von - bis

aufgelöst durch

Staatsangehörigkeit des/der früheren Ehepartner*in / Lebenspartner*in

3. Angaben zu Staatsangehörigkeit, Status und Aufenthalt

Ich habe derzeit folgende Staatsangehörigkeit(en)

Frühere Staatsangehörigkeit(en)

Verlustgrund:

Angaben zur Identität

Ich bin im Besitz des folgenden Ausweisdokuments:

- Nationalpass/ Reisepass
 Personalausweis (bei EU-Bürgern)
 Reiseausweis für Flüchtlinge
 Reiseausweis für Staatenlose
 Reiseausweis für Ausländer
 sonstiges Ausweisdokument
 kein Nachweis

Angaben zum meinem Aufenthaltsstatus

Heimatlose*r Ausländer*in?

 Nein Ja

anerkannte Flüchtlingseigenschaft?

 Nein Ja

Staatenlose*r?

 Nein Ja

Asylberechtigte*r?

 Nein JaWurde ein Asylwiderrufsverfahren
eingeleitet? Nein Ja**Ich lebe in Deutschland mit folgendem Aufenthaltsrecht** EU-Bürger*innen (d.h. freizügigkeitsberechtigte Bürger*innen der Europäischen Union) oder Staatsangehörige*r der Schweiz Niederlassungserlaubnis Aufenthaltserlaubnis

Rechtsgrundlage: §

gültig bis:

War Ihr Aufenthalt für eine Zeit geduldet? (Duldung)

Nein

Ja

von _____

bis _____

Wohnorte seit Geburt

von

bis

in (Ort, Staat)

4. Angaben zu meinen Kindern

Bitte alle eigenen Kinder (z.B. auch volljährige, außereheliche oder im Ausland lebende) angeben.

	1.Kind	2.Kind	3.Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
	<input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> divers
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus: -jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

	4.Kind	5.Kind	6.Kind
Familienname			
Vorname(n)			
Geburtsdatum			
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
	<input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> divers	<input type="checkbox"/> divers
Geburtsort			
Staatsangehörigkeit(en)			
Mit einzubürgern?	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja
Das Kind stammt aus: -jetziger Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-früherer Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
-keiner Ehe	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
wurde adoptiert	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Bei Miteinbürgerung: Nachweis der z.Zt. besuchten Schule	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei	<input type="checkbox"/> liegt bei

Keine Kinder

5. Angaben zu meinen Eltern

Erster Elternteil (z. B. Mutter)
(Familienname, ggf. Geburtsname)

Zweiter Elternteil (z. B. Vater)
(Familienname, ggf. Geburtsname)

Vorname(n)

Vorname(n)

Geschlecht
 männlich weiblich divers

Geburtsdatum

Geschlecht
 männlich weiblich divers

Geburtsdatum

letzter Wohnort / Land

letzter Wohnort / Land

Staatsangehörigkeit(en)

Staatsangehörigkeit(en)

eingebürgert? Ort, Datum

Nein Ja,

eingebürgert ? Ort, Datum

Nein Ja,

Adoptiveltern

Erster Elternteil (Familienname, ggf. Geburtsname)

Zweiter Elternteil (Familienname, ggf. Geburtsname)

Vorname(n)

Vorname(n)

Geschlecht
 männlich weiblich divers

Geschlecht
 männlich weiblich divers

Staatsangehörigkeit(en)

Staatsangehörigkeit(en)

letzter Wohnort / Land

letzter Wohnort / Land

Adoption wirksam seit:

nachgewiesen durch:

Nur zu beantworten bei minderjährigen Einbürgerungsbewerber*innen

Die Vertretungsbefugnis liegt bei

Die Ehe der Eltern besteht **nicht** mehr.

Die Vertretungsbefugnis beruht auf

Gesetzesbestimmung bzw. gerichtliche Anordnung →

6. Angaben zu Ausbildung und beruflichem Werdegang

Schulausbildung

von

bis

Schulart (z. B. Realschule, Gymnasium)

Staat (z. B. Deutschland)

Schulabschluss

Berufsausbildung / Studium / Qualifikation

von	bis	Art	Abschluss	Staat

Arbeitsverhältnisse / selbständige Tätigkeit in den letzten 5 Jahren

von	bis	Berufsbezeichnung	Arbeitgeber (z. B. Firmenname)

7. Sprachkenntnisse / staatsbürgerliche Kenntnisse / Integrationskurs

Nachweise zu:

Sprachkenntnissen
(Zeugnisse, Sprachzertifikate etc.)

Ja und zwar:

Nein

Staatsbürgerlichen Kenntnissen
(Einbürgerungstest / Test Leben in Deutschland)

Ja

Nein

Integrationskurs
(Bescheinigung nach § 43 des Aufenthaltsgesetzes)

Ja

Nein

8. Angaben zu Straftaten (einschließlich Straftaten im Ausland)

keine Straftaten

abgeschlossene Strafverfahren

Tatbezeichnung	Gericht, Staatsanwaltschaft	Datum des Urteils	Strafmaß

Zusätzliche Angabe zu den Straftaten:

Verurteilung wegen einer rechtswidrigen antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder sonstigen menschenverachtenden Tat und Feststellung eines solchen Beweggrundes im Rahmen des Urteils:

nein

ja

Zur Zeit noch anhängige Ermittlungsverfahren?

Nein

Ja, wegen

Behörde und Aktenzeichen:

Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung nach § 61 des Strafgesetzbuches? nein ja, und zwar

Tatbezeichnung	Anhängigkeit bei Behörde (Gericht, Staatsanwaltschaft)	Datum der Anordnung	Angeordnete Maßnahme

9. Angaben zu meinen wirtschaftlichen Verhältnissen

9.1 Einkünfte

		Betrag EUR / Monat	
Erwerbseinkommen (Gehalt/ Lohn)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,	brutto:	netto:
Einkommen aus selbständiger Arbeit	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Einkünfte aus Vermietung / Verpachtung	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Rente	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Unterhalt / Unterhaltskostenvorschuss	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Elterngeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Kindergeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Kinderzuschlag (§ 6a BKGG)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		
Wohngeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Leistungen nach dem Bundes- ausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Berufsausbildungsbeihilfe (BAB)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Arbeitslosengeld (SGB III)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Bürgergeld vom Jobcenter (SGB II) (früher: Arbeitslosengeld II)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Sozialhilfe vom Sozialamt (SGB XII)	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Krankengeld	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		bewilligt bis
Sonstige Einkünfte:	<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja,		

Gegebenenfalls Gründe für den Bezug von Bürgergeld / Sozialhilfe

9.2 Alterssicherung

<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, durch →	<input type="checkbox"/> gesetzliche Rentenversicherung	Anzahl der Beitragsmonate
	<input type="checkbox"/> private Renten-/Lebensversicherung	seit / Summe
	<input type="checkbox"/>	

9.3 Krankenversicherung

gesetzliche Krankenkasse private Krankenversicherung

9.4 Einkünfte der Familienangehörigen (z. B. Kinder, Ehepartner*innen)

Familiename, Vorname	Betrag EUR / Monat	
	brutto:	netto:
	brutto:	netto:
	brutto:	netto:
	brutto:	netto:

9.5 Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche

Unterhaltssicherung durch Unterhaltsansprüche?	Betrag EUR / Monat
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja	
Name und Anschrift des/der Unterhaltspflichtigen	Bruttoeinkünfte des/der Unterhaltspflichtigen / Betrag EUR / Monat

9.6 Unterhaltsverpflichtungen

Bestehen Unterhaltsverpflichtungen gegenüber Personen, die nicht zur Haushaltsgemeinschaft gehören ?
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, und zwar
Gegenüber welcher Person / welchen Personen ?
Unterhaltsrückstände
<input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> Ja, in Höhe von EUR

10. Angaben zur Mehrstaatigkeit

- Ich bin bereit, meine bisherige(n) Staatsangehörigkeit(en) aufzugeben und verpflichte mich, nach schriftlicher Zusicherung der Einbürgerung, die erforderlichen Schritte zu unternehmen.
- Ich darf meine ausländische Staatsangehörigkeit behalten, da ich Staatsangehörige / Staatsangehöriger eines anderen EU-Staates oder der Schweiz bin, sofern die Beibehaltung nach dem Staatsangehörigkeitsrecht des ausländischen Staates möglich ist.
- Ich darf meine ausländische Staatsangehörigkeit behalten, da ich Staatsangehörige/Staatsangehöriger eines der folgenden Länder bin:
- Afghanistan, Algerien, Angola, Argentinien, Bolivien, Brasilien, Costa Rica, Dominikanische Republik, Ecuador, Eritrea, Guatemala, Honduras, Irak, Iran, Jemen, Kuba, Libanon, Liberia, Malediven, Marokko, Mexiko, Nicaragua, Nigeria, Panama, Syrien, Thailand, Tunesien, Ukraine, Uruguay
- Ich darf meine ausländische Staatsangehörigkeit behalten, da ich im Besitz eines Reiseausweises für Flüchtlinge bin.
- Ich bin nicht bereit, meine bisherige Staatsangehörigkeit aufzugeben und begründe das wie folgt (ggf. auf einem Zusatzblatt):

11. Sonstiges

Die Einbürgerung habe ich bereits früher beantragt

bei (Behörde)

Nein Ja,

Wurde über den Antrag entschieden ?

Datum der Entscheidung

Nein Ja, er wurde von mir zurückgenommen. er wurde abgelehnt. er wurde pausiert.

12. Hinweise und Belehrungen

Verwaltungsgebühren:

255,- € für jede erwachsene einzubürgernde Person

51,- € für jedes miteinzubürgernde minderjährige Kind ohne eigenes Einkommen

255,- € für jedes selbständig einzubürgernde Kind

Bei einer Ablehnung ist die volle Gebühr zu zahlen.

Bei Rücknahme des Antrags werden i.d.R 75%, also 191,- € oder 51,- € der jeweiligen Verwaltungsgebühr fällig.

Die Gebührenbemessung erfolgt nach § 38 des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) in der derzeit gültigen Fassung.

Belehrung über die Richtigkeit der Angaben

Ich versichere, dass meine Angaben richtig sind. Ich habe davon Kenntnis genommen, dass falsche oder unvollständige Angaben zur Ablehnung oder Rücknahme der Einbürgerung führen sowie strafrechtliche Konsequenzen haben können (§ 42 des Staatsangehörigkeitsgesetzes).

Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse während des Verfahrens unverzüglich mitzuteilen.

Informationen zum Datenschutz

Ein Informationsblatt zum Datenschutz habe ich erhalten.

Informationen zur Loyalitätserklärung

Ein Informationsblatt zur Abgabe der Loyalitätserklärung habe ich erhalten und dessen Inhalt zur Kenntnis genommen.

13. Unterschriften

(Ort, Datum)

Unterschrift der antragstellenden Person



Bei Miteinbürgerung von Kindern vor Vollendung des 16. Lebensjahres:

Ich/Wir beantrage(n) hiermit, entsprechend der Angaben auf Seite 3 in diesem Antragsformular, die Miteinbürgerung meiner/unserer Kinder.

Datum, Unterschrift(en) der sorgeberechtigten Person(en) (z. B. beide Elternteile)



Informationen zur Abgabe der Loyaltätsklärung

Bekennnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.

Was bedeutet dies konkret? Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die **Wertvorstellungen des Grundgesetzes** zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere:

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann),
- die Souveränität des Volkes,
- die Gewaltenteilung,
- die Verantwortlichkeit der Regierung,
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte,
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

Nachfolgend werden Ihnen diese Grundwerte der deutschen Verfassung näher erläutert:

1. Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen, z.B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahmen zulässt oder erlaubt.

6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlichen demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie zudem,

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden und
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen.
5. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die eine antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlung zum Ziele haben.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

Bekanntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Loyalitätserklärung

(abzugeben von Einbürgerungsbewerberinnen und Einbürgerungsbewerbern über 16 Jahren)

1. Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland.

Insbesondere erkenne ich an:

- a) das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- b) die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- c) das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- d) die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- e) die Unabhängigkeit der Gerichte,
- f) den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
- g) die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
- h) dass eine Handlung, die antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Ziele verfolgt, mit der vom Grundgesetz garantierten Würde und Gleichheit aller Menschen unvereinbar ist und dem Bekenntnis entgegensteht.

2. Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die

- a) gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- b) eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
- c) durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- d) eine antisemitische, rassistische, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlung zum Ziele haben.

Unterschrift



Datum und Unterschrift der antragstellenden Person